

(Zuwendungsempfänger/Zuwendungsempfängerin)

Ort/Datum

Tel.:

An die
Bezirksregierung Münster
Dezernat 24
Domplatz 1-3
48143 Münster

-zweifach einreichen-

Betr.: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen - Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (ab 7.7.2005 Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen) vom 1.10.1993 (SMBl. NRW 2430) -

1. Antagssteller	
Name / Bezeichnung	
Anschrift	Straße / PLZ / Ort / Landkreis
Auskunft erteilt	Name / Telefon (Durchwahl)
Bankverbindung	Kontonummer Bankleitzahl
	Name des Kreditinstitutes
2. Maßnahme	
Bezeichnung / angesprochener Zuwendungszweck	
Ort und Zeit der Maßnahme	
Zahl der Teilnehmer	

3. Gesamtkosten	
3.1 Reisekostenerstattungen für den Personenkreis nach	
- Nr. 4.4.2 der Richtlinien	€
- Nr. 4.4.5 der Richtlinien	€
3.2 Fahrtkosten	
- der Teilnehmer nach Nr. 4.4.3 der Richtlinien	€
- für den Personenkreis nach Nr. 4.4.6 der Richtlinien	€
3.3 Honorare	
- Nr. 4.4.4.1 der Richtlinien	€
- Nr. 4.4.4.2 der Richtlinien	€
- Nr. 4.4.4.3 der Richtlinien	€
- Nr. 4.4.5 der Richtlinien	€
- Nr. 4.4.6 der Richtlinien	€
3.4 Sachausgaben (nach gesondert beigefügter Aufstellung)	€
3.5 Sonstige Ausgaben	€
ZWISCHENSUMME	€
3.6 Hiervon bis zu 15 v. H. bzw. maximal 766,94 € (nach Nr. 4.4.7 der Richtlinien)	€
INSGESAMT	€
4. Finanzierungsplan	
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)	€
4.2 Eigenanteil	€
4.3 Teilnehmerbeiträge, Eintrittsgelder	€
4.4 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	€
4.5 beantragte / bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.6.) durch:	€
4.6 Beantragte Zuwendung des Landes	€

5. Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabengebietes in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen). Ggf. kann auf das Programm verwiesen werden.

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und der Finanzierung (u. a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

5.3 Bei grenzüberschreitenden Maßnahmen:

Darstellung, in welcher Weise Staatsangehörige oder Institutionen des Herkunftslands in die Maßnahme eingebunden sind und wie dem Gedanken der Völkerverständigung Rechnung getragen wird

6. Erklärungen

Der Antragssteller erklärt, dass

6.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages.

6.2 er zum Vorsteuerabzug¹

(☐) berechtigt (☐) nicht berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat
(Preise ohne Umsatzsteuer).

6.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

¹ zutreffendes ankreuzen